

DIE LINKE.

Ausgabe II / 2010

Das System Studiengebühren

Die Geschichte der Studiengebühren ist keine Geschichte voller Missverständnisse, sie hat System. Angeblich ging es ums Geld, doch in Wahrheit geht es um viel mehr. Noch während der Bildungsstreiks im Sommer und



Herbst 2009 bekundeten alle Parteien ihr Verständnis für die protestierenden Studierenden. Doch die regierenden Parteien haben selber über Jahre hinweg die Studierenden in diese Situation gebracht.

SPD und Grüne haben mit Studienkonten verdeckte Studiengebühren ein-

Ab Seite 5: Bildungsforum in Aktion!

geführt, wenig später hat Schwarz-Gelb die Vorlage dankbar aufgegriffen und daraus allgemeine Studiengebühren gemacht. Mit dem Argument leerer Kassen und dem Bonbon, dass die Gebühren ja direkt an die Hochschulen gehen, war dies ein Leichtes.

Jetzt wird zur Besänftigung mal eben eine Bafög-Erhöhung verkündet. Nach dem Gesetz wird das Bafög jedoch eh alle zwei Jahre angepasst, ein Vorziehen von einem guten halben Jahr ist ein Blender, keine Lösung.

Vor allem ging es beim Bildungsstreik gar nicht ums Geld. Die Forderungen waren Demokratisierung des Bildungswesens, eine Rücknahme des verkorksten Bachelor-/Master Systems durch den Bologna Prozess, ... und freier Zugang zur Bildung – von der Kita bis hin zur Weiterbildung auch noch im hohen Alter. Und „frei“ meint hier nicht nur Gebührenfrei, es ging auch um Zugangsberechtigungen. Und solange es noch den Master gibt, muss auch jeder/m Masterwilligen ein Platz zur Verfügung gestellt werden.

Doch geschickt lenkt die neoliberale Politik die Diskussion immer wieder aufs Geld. Es ist Strategie, die von wirtschaftlichen Interessen geleitet ist und mithilfe der Medien umgesetzt wird. Am Ende bleibt in den Köpfen, dass es ums Geld ging.

Und genau das machen sie mit fast allen Bewegungen. Am Ende geht es eben allen nur ums Geld, und da-

von ist eben nicht genug da und deswegen müssen alle ein wenig abgeben. Zumindest verkaufen sie es uns so! Das macht es eben dann auch bei den nächsten Protesten einfacher zu spalten; sie spielen dann die Hartz IV EmpfängerInnen gegen die Bafög BezieherInnen aus; sie sagen entweder Kindergartenplätze oder mehr Lehrer; sie bieten dann eine Volksmusikschule oder Kunst im Museum an – aber eben immer nur eines von beidem.

Politik ist gefährlich, sie schmeißen uns ein Stückchen Kuchen hin und sagen, streitet Euch drum – und wir tun es. Wir entsolidarisieren uns, wir kämpfen um unseren Anteil – aber es geht immer nur um den Anteil, den sie uns freiwillig geben.

Natürlich gehören Studiengebühren als Mittel der sozialen Selektion abgeschafft. Aber dies muss auf Kosten des großen Stückes gehen, das Banken in Form von Rettungsfonds und Großunternehmen in Form von Steuergeschenken bekommen.

Lasst uns erkennen:

**Solidarität ist eine Waffe
und
Bildung ist MEHRwert!**

**Am 9. Mai:
Studiengebühren abwählen!**

Erst und Zweitstimme für



DIE LINKE.



Kommentar:**Ich will nicht übers Geld reden**

Natürlich könnte ich zur Bildungsfinanzierung von Umverteilung von oben nach unten reden, von Banken, die mit viel Geld gerettet wurden, von Aktienkursen, die immer steigen, wenn Entlassungen angekündigt werden – ich könnte ... ABER ich will nicht!

Wenn gegen Studiengebühren gekämpft wird, geht es um Bildung als Menschenrecht. Die Probleme, die mit dem Aufbringen der 500,- Euro pro Semester verbunden sind, nehmen nur einen kleinen Teil ein. Viel mehr geht es um all die Menschen die dadurch überhaupt erstmal von den Hochschulen fern gehalten werden. Und viel mehr noch: Bildung fängt im Kindergarten an, geht über Schule, dann Ausbildung oder Studium weiter bis ins hohe Alter. Bildung ist nie das Gut eines Einzelnen, Bildung ist die Grundlage unserer Gesellschaft.

Dass wir heute nicht mehr an die Erde als Scheibe glauben, ist ein Ergebnis von Wissenschaft und dass wir das heute alle Nachlesen können, ist ein Ergebnis von Bildung. Dass wir bei Blitzen nicht mehr an Götter glauben, die uns bestrafen wollen, ist ein Ergebnis von Bildung – und darüber bin ich ganz froh, denn so konnte dann auch irgendwann mal der Blitzableiter erfunden werden, der auch mein Haus schützt. Was meint Ihr, wenn Bildung von je her nach dem Prinzip des Marktes – nach ihrer Verwert-

Hartmut Wessels

Direktkandidat MG1

„Bildung ist keine Ware!“

barkeit – gefördert worden wäre; hätte Franklin den Schlüssel am Drachen befestigt? Mit Sicherheit nicht, wer konnte schon ahnen, dass der Franzose Leclanche mit dieser Grunderkenntnis dann in den 60er Jahren den Vorreiter der weltweit meistverwendeten Batterie, die Zink-Kohle Batterie, entwickelte.

Natürlich ist das Balzverhalten der Zebrafinken in meinem alltäglichen Leben doch von eher untergeordneter Bedeutung, doch kann ich mir anmaßen, es in Heller und Pfennig aufzuwiegen? Und wie viel Wert ist Goethes Faust?

Genau deswegen geht es eben nicht um Geld – es geht um ein Weltbild. Es geht um das Recht, dass Menschen selbstbestimmt leben und auch selbstbestimmt lernen. Und so war das schon, als wir das Feuer entdeckten und lernten es zu kontrollieren. Und es war gut!

Wenn jetzt Menschen meinen, Wissen auf das „gute“, und damit meinen sie das Verwertbare, reduzieren zu können, dann haben sie nicht Verstanden. Unsere Gesellschaft und unsere Demokratie haben sich durch und mit dem Wissen entwickelt – **und dabei geht es einfach mal so gar nicht ums Geld!**

Bildungsstreik Frühling 2010

Trotz massiver Bildungsstreik-Proteste, Demonstrationen und Hochschulbesetzungen, hat sich bisher am elitären und marktkonform ausgerichteten Bildungssystem nichts geändert. DIE LINKE. Mönchengladbach und die linksjugend [ˈsolid]MG unterstützen weiterhin außerparlamentarische Bewegungen im und um den Bildungsstreik - auch im Frühling 2010, denn: „Die Bildung gehört Allen!“

Die Missstände im Bildungsbereich sind auf Entwicklungen zurückzuführen, die auch andere Lebensbereiche betreffen: Die Gesellschaft hat sich an wirtschaftlichen anstatt an gemeinwohlorientierten Interessen ausgerichtet. Die Reformen der letzten Jahre, wie Kopfnoten und Lehrzeitverkürzungen (G8), Studiengebühren und Bachelor/Master, Demokratieabbau an Hochschulen und Schulen, Privatisierungen und der Abbau der Mitbestimmungsrechte in den Betrieben, entspringen diesem neoliberalen Leistungs- und Wettbewerbsgedanken. Bildung wird nicht als Teil des selbstbestimmten Lebens gesehen, sondern lediglich als eine Investition in den beruflichen Werdegang. Nicht emanzipatorische Bildung steht im Mittelpunkt des Systems, sondern die Verwertbarkeit des Menschen als Humankapital für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Trotz des vorhandenen gesellschaftlichen Reichtums wird unsere Bildung weiter konsequent unterfinanziert.

Diese Entwicklung ist nicht weiter hinnehmbar! Im Rahmen des Bildungsstreiks haben in den letzten Monaten hunderttausende Bildungsaktivistinnen und -aktivisten durch Demonstrationen, Besetzungen und Protestaktionen ein Umdenken eingefordert. Es geht dabei um die Umstrukturierung des gesamten Bildungssystems. Bildung ist mehr als Ausbildung, sie ist eine wesentliche Voraussetzung, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verstehen, zu kritisieren und eine menschenwürdige, friedliche und demokratische Welt zu gestalten.

Hierbei kann mensch nicht SchülerInnen, Auszubildende und Studierende voneinander trennen. Wir sind alle von einem Bildungssystem der Verwertungslogik, der Kommerzialisierung, der Entdemokratisierung und der sozialen Auslese betroffen.



LANDESWEITER
BILDUNGSSTREIK
Frühling 2010

DIE BILDUNG GEHÖRT ALLEN

• 5.5. DEMO IN DUESSELDORF:
NRW TREFFPUNKT: 11 UHR HBF
BUNDESWEITER TREFFPUNKT: 13 UHR
APOLLO PLATZ AM LANDTAG

www.bildungsstreik-fruehling.de

Wir, DIE LINKE. und die linksjugend ['solid], nehmen zum Thema folgende Positionen ein:

➡ „Eine Schule für Alle“. Schule ist gemein, weil sie Konkurrenz predigt, Menschen aussortiert und damit Ungleichheit schafft. Das kann und muss sich ändern! In einer Gemeinschaftsschule, die alle fördert und selbstbestimmtes Lernen ermöglicht.

➡ „Ausbildung für Alle“. Ausbildung soll ein Grundrecht und kein Privileg sein. Land und Bund sollen in der Pflicht stehen, ein Recht auf einen Ausbildungsplatz ohne Einschränkung der freien Berufswahl zu gewährleisten. Jugendliche und junge Menschen durch überbetriebliche Ausbildungen auf das berufliche Abstellgleis zu stellen, lehnen wir ab und setzen uns für die Schaffung und den Ausbau von qualifizierten Ausbildungsplätzen in Betrieben und im öffentlichen Dienst ein.

➡ „Sofortige Abschaffung der Studiengebühren“. Bildung ist keine Ware! Studiengebühren halten Menschen aus einkommensschwachen Haushalten nachweislich vom Studium ab und fördern dadurch soziale Ungerechtigkeit. Jedoch ist Bildung ein Menschenrecht – sie muss für jede(n) gleichermaßen zugänglich sein und darf nicht gehandelt werden!

Für Bildung kämpfen und wählen!

Im Rahmen der Bildungsstreikbesetzung der HS-Niederrhein im Jahr 2009, hat sich eine Gruppe von aktiven Studierenden zusammengefunden, die sich als „Bildungsforum in Aktion“ parteiunabhängig gegen soziale und bildungspolitische Ungerechtigkeit an der HS Niederrhein einsetzen. Wir berichten über die Hintergründe und über die letzte Aktion „Für Bildung wählen!“ des Bildungsforums am Donnerstag, den 22. April.

Im vergangenen Sommer demonstrierten 270.000 Menschen zusammen gegen die unzumutbare Situation im Bildungssystem, die sich in unterschiedlichen Bildungseinrichtungen zeigt. Im Oktober und November 2009 rückten dann vor allem die Hochschulen ins Zentrum des bundesweiten Bildungsstreiks 2009.

Wählerisch heißt auch, kritisch zu sein und die gegebenen Umstände zu hinterfragen und sich Vorstellungen zu machen, welche Gegebenheiten die (eigene) Bildung möglich machen. Gerade im Bildungssystem bedarf es Auseinandersetzungen und vieler kritischer und wählerischer Köpfe.

Umstände nicht einfach hinzunehmen und die eigenen Mitbestimmungs- und Wahlmöglichkeiten einzufordern und zu nutzen, halten Studierende für unerlässlich.

Der anhaltende Protest gegen die Ökonomisierung von Bildung, die soziale Selektion und abnehmende

Mit- und Selbstbestimmung in Bildungseinrichtungen in den letzten Jahren fand Ausdruck in zahllosen Demonstrationen, Aktionen und Hörsaalbesetzungen. Einerseits wurde so die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gezogen und andererseits die Hochschulen und die Politik unter Druck gesetzt und eine allgemeine Diskussion über die Zukunft unseres Bildungssystems angeregt.

Auch Student/innen in Krefeld und Mönchengladbach beteiligten sich an Demonstrationen, Aktionen und der Besetzung eines Hörsaals im November 2009 unter dem Motto „HSNR BRENNT!!!“. Die Besetzung des Hörsaals war ein klares Zeichen der Frustration der Student/innen mit der Hochschulpolitik. Dass der Protest kein kleines „Strohfeuer“ war, zeigte sich in der konstanten Auseinandersetzung und Beteiligung der Student/innen.

Nach 3 Wochen der Besetzung rea-

gierte der Rektor der Hochschule doch noch mit einem Gesprächsangebot mit fünf stellvertretenden Besetzer/innen.

Durch Protestaktionen an der Hochschule und in der Öffentlichkeit, der Teilnahme an hochschulpolitischen Veranstaltungen, Informationsschreiben, dem persönlichen Kontakt zu Mitstudent/innen und der Aufnahme der Interessen, wollten einige Teilnehmer sich weiterhin für eine Verbesserung der Lehre einsetzen.

Dabei geht es ihnen bei Weitem nicht nur um die Abschaffung der Studiengebühren, sondern in gleicher Weise um den Abbau der sozialen Selektion in allen Bereichen an ihrer Hochschule und um mehr Beteiligung und Partizipation Studierender an Prozessen an der Hochschule.

Unter dieser Prämisse wurde zum Sommersemester 2010 hin in Form eines autonomen Referates, das „Bildungsforum in Aktion“, das dem



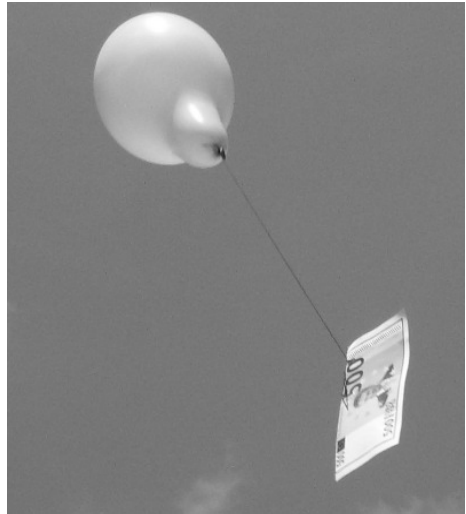
AStA angegliedert ist, gegründet, um als fester Bestandteil der Hochschule weiter mit und für die Studierenden aktiv zu sein.

Autonom deshalb, weil das Bildungsforum inhaltlich und methodisch eigenverantwortlich bleiben möchte, um auch kurzfristig und situationsbedingt aktiv werden zu können.

Im Rahmen des AStA - Aktionsmonats im April, war das Bildungsforum mit einer eigenen Aktion vor der Mensa der Hochschule vertreten. Unter dem Motto „Für Bildung wählen!“ hatten Studierende dort die Möglichkeit, Studiengebühren symbolisch abwählen zu können. Zu diesem Zweck wurden extra Wahlkabinen und eine Wahlurne aufgebaut. Auch bestand die Möglichkeit, an einer Petition gegen Studiengebühren teilzunehmen, die dem neuen Hochschulpräsidenten überreicht werden soll. Ein weiteres Aktionshighlight war die Möglichkeit, „500 Euro - Geldscheine“ durch Ballons aufsteigen und davon fliegen zu lassen. Mit dem Aufsteigen der Ballons konnten Studierende nochmals verdeutlichen, in welcher Ahnungslosigkeit sie von Hochschule und Politik hinterlassen werden, wenn es um die Frage der Verwendung von Studiengebühren (und wo diese hängen bleiben oder landen) geht.

Kontaktmöglichkeiten und weitere Informationen über das „Bildungsforum in Aktion“ findet ihr online über:

www.hsnr-brennt.de



Schulschließung auf kaltem Weg

Über einem Eilantrag wollte DIE LINKE im Rat der Stadt am 3.3.2010 den Erhalt der Grundschule Waldhausener Höhe sichern. Eine Entscheidung in der Sache war geboten, weil in der folgenden Woche die ablehnenden Benachrichtigungen an die Eltern der angemeldeten Kinder erfolgen würden.

Die SPD erklärte, sie sehe keinen Grund für die Eilbedürftigkeit, da in der nächsten Ratssitzung am 28.4.2010 der Punkt auf der Tagesordnung stehen würde. Bedauerlicherweise schlossen sich CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen dieser Argumentation an, so dass der Antrag nicht in die Tagesordnung aufgenommen wurde. Dadurch wurde die Grundschule Waldhausener Höhe auf kaltem Weg geschlossen. Denn in der Ratssitzung am

28.4.2010 wurde nur noch die Schließung beschlossen, weil die Eltern aufgefordert wurden, ihre Kinder an anderen Grundschulen anzumelden.

DIE LINKE empfindet diese Vorgehensweise als eine Missachtung des Engagements der Menschen in diesem Stadtteil für ihre Schule. Anstatt darüber zu diskutieren, ob eine solche wohnortnahe Beschulung günstig für die Entwicklung der Kinder ist, den sozialen Zusammenhalt im Stadtteil unterstützt und so zu einer Stabilisierung und Weiterentwicklung der lokalen Strukturen beiträgt, wird die Diskussion mit einem Tagesordnungstrick abgewürgt.

Das Prinzip von „Kleine Kinder-Kleine Klassen-Kleine Schulwege“ wurde durch diesen Beschluss missachtet. Gutsituierte Eltern können ihre Kinder sicherlich zu einer weiter entfernten Grundschule bringen. Für die Kinder der anderen Familien bleibt nur der Weg über die stark befahrene vierspurige Waldnieler Straße. Mit dieser Entscheidung ohne Diskussion haben die zustimmenden Parteien einen weiteren Beitrag zur Politikverdrossenheit in der Stadt geleistet.

Impressum / V.i.S.d.P.:

DIE LINKE. MG / Torben Schultz
Burgstraße 4
41199 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 9 79 22 43

Fax: 0 21 66 / 9 79 22 42

E-Mail: buero@die-linke-mg.de

Web: www.die-linke-zeitung.de

BürgerInnensprechstunde:

Jeden Montag von 18 – 19 Uhr führt die Fraktion der Partei DIE LINKE. im Rat der Stadt Mönchengladbach in ihrem Büro Burgstraße 4 in Odenkirchen eine BürgerInnensprechstunde durch.

Durchgeführt wird die Sprechstunde jeweils von einem Mitglied im Rat der Stadt oder der Bezirksvertretungen. Es besteht auch die Möglichkeit, sich telefonisch mit seinen Fragen oder seinem Thema anzumelden.

Telefon: 02166-9792249.